Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

75 (14.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe

Nr. 75 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 14. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Lloyd Georges Antwort an Hertling und Czernin.

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 13. Febr., abends. (Amtlich). Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

WTB. Wien, 13. Febr. Amtlich wird verlautbart: Keine Kampfhandlungen von Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes.

In Erwartung einer Offensive der Mittelmächte.

WTB. Bern, 14. Febr. Die französische Oeffentlichkeit wird mit aller Deutlichkeit auf die bevorstehende Offensive der Mittelmächte an der Westfront vorbereitet. Die meisten Blätter enthalten Aufsätze ihrer militärischen Mitarbeiter. So schreibt Oberst Rousset im „Petiti Parisien": Eine Offensive großen Stiles auf der Westfront sei durchaus notwendig. Deutschland sei dazu gezwungen, nicht nur weil der augenblickliche Ruhestand sein Prestige herabsetzen würde, sondern weil die innere Lage Deutschlands einen großen militärischen Erfolg auch notwendig mache. — Der Berichterstatter des „Petit Parisien" an der englischen Front hält gleichfalls einen Angriff für unvermeidlich. Es sei Pflicht, dies der Oeffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zu sagen, um jede Ueberraschung und Entmutigung im Augenblick des Kampfes unmöglich zu machen. — „Matin" hält angesichts der enormen Frontverkürzung im Osten eine österreichisch-ungarische Offensive in Venetien nicht für ausgeschlossen.

Der Reichskanzler und Vizekanzler beim Kaiser.

WTB. Berlin, 13. Febr. Reichskanzler Graf von Hertling ist gestern nach Homburg vor der Höhe abgereist. — Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Wie wir hören, hat sich der Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Payer, gemeinsam mit dem Reichskanzler ins Große Hauptquartier begeben, um sich dem Kaiser vorzustellen, und an den Beratungen teilzunehmen.

Rumänien.

() Berlin, 13. Febr. Wie dem „Berl. Lokalanz." von der schweizerischen Grenze berichtet wird, ist nach einer Meldung der „Morning Post" der private Telegrammverkehr zwischen Großbritannien und Rumänien seit Montag eingestellt.

* Berlin, 13. Febr. Nach dem „Berl. Lokalanz." soll am Montag die rumänische Regierung von den Gesandten der Entente in Jassy auf die weittragenden Folgen einer Abschwenkung von der gemeinsamen Politik hingewiesen worden sein. Die neue rumänische Regierung habe die Mitteilung der Gesandten zur Kenntnis genommen, eine Gegenerklärung aber nicht gegeben.

Der Friede mit der Ukraine.

WTB. Wien, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Wiener k. und k. Tel. Korr.-Büro. Die Blätter melden, daß die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine sich bemerkbar machen. Die Rada hat ihren Sitz nach Zitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Näherrückung eine beschleunigte Abwicklung aller in den Verhandlungen festgelegten Abmachungen erfolgen wird.

() London, 13. Febr. (Privattelegramm.) Dem Reuterschen Büro wird mitgeteilt, daß die englische Regierung sich nicht gebunden halte, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

*

Eine Warnung an Trotzki.

(!) Berlin, 13. Febr. Am Schlusse eines amtlichen Kommentars, den man laut einer Meldung des „B. T." aus Wien den Vertretern der dortigen Presse zur Lage im Osten gab, wurde betont, daß falls Trotzki beabsichtige, sich mit seiner Roten Garde gegen die Ukraine zu wenden, so müßte er gewärtigen, daß die Mittelmächte aus dem Umstande, daß sie den Kriegszustand gegenüber Rußland noch nicht für beendigt erklärt hätten, entsprechende Folgerungen ziehen, da sie nicht zulassen könnten, daß dieser ihnen nunmehr befreundete freie Staat in seiner freien Entwicklung gestört werde.

Rücktritt des polnischen Ministeriums.

WTB. Warschau, 13. Febr. Den Blättern zufolge fand gestern eine mehrstündige Sitzung des Ministeriums unter dem Vorsitz des Regentschaftsrates statt. Gegenstand der Erörterungen waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine. Abends überreichte Ministerpräsident Kucharzewski dem Regentschaftsrat die Demission des Kabinetts. „Gazetta Poranna" zufolge überreichte Kucharzewski im Regentschaftsrat heute in dieser Angelegenheit eine modifizierte Erklärung.

WTB. Warschau, 13. Febr. Dem „Kurjer Waszawski" zufolge erhielt der Regentschaftsrat die Mitteilung, daß heute drei Abgeordnete von dem Kommandanten der polnischen Truppen in Rußland, General Dowtow-Musnicki, in besonderer Mission in Warschau eintreffen werden.

*Berlin, 13. Febr. Ueber die polnische Krisis in Warschau schreibt die „Voss. Ztg.": Die Stimmung in den polnischen Regierungskreisen war schon krisenhaft, als die bloße Nachricht von dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine bekannt wurde. Die lebhafte Unterstützung der alten polnischen Ansprüche durch den Präsidenten Wilson erfolgte nun in einem Augenblick, in dem die politischen Führer der Polen in dem Zustand höchster Erregung über den Frieden mit der Ukraine sind. Es herrscht in Warschau die Ueberzeugung, daß jetzt die Selbständigkeit Polens ernstlich gefährdet sei und Polen wieder zu einem okkupierten Staat werde. Der Bund zur Lösung der polnischen Frage im austro-polnischen Sinne will sich, wie es heißt, auflösen.

Prof. Gothein über das Erzbecken von Briey.

Für den von allen maßgebenden wirtschaftlichen Verbänden mit größter Entschiedenheit geltend gemachten Standpunkt, daß der Erzbezug aus dem französischen Gebiet von Briey eine vitale Frage unserer Eisenindustrie ist, hat sich mit überzeugenden Darlegungen in der „Vossischen Zeitung" Universitätsprofessor Eberhard Gothein-Heidelberg eingesetzt. Prof. Gothein schildert in drei umfangreichen Aufsätzen wie die im Jahre 1879 zum Abschluß gekommene Erfindung der Entphosphorung des Roheisens durch den Engländer Gilchrist Thomas, wodurch es möglich wurde, die ursprünglich für minderwertiges Erz erklärte und daher so bezeichnete Lothringer „Minette" für die Eisengewinnung zu verwenden, einen völligen Umschwung für die deutsche Eisenindustrie zum Nachteil der englischen Eisenindustrie herbeigeführt, wie dann in der Folge die deutsche Eisenindustrie eine immer entscheidendere Bedeutung für das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft gewonnen hat und wie daher angesichts der Tatsache, daß die deutsche Eisenindustrie aus den deutschen Erzlagerstätten nur noch auf eine Lebensdauer von 50 Jahren rechnen kann, die Frage der Erzversorgung in Deutschlands wirtschaftliche Zukunft tiefer einschneidet als irgend eine andere.

Prof. Gothein schildert weiter, wie Frankreich dem im Jahre 1871 das Erzbecken von Briey belassen worden war, weil damals niemand die Bedeutung der Lothringer Minette voraussehen konnte, durch allerlei versteckte Feindseligkeiten darauf hingewirkt hat, die deutsche Industrie von diesem Versorgungsgebiet auszuschließen. Wenn Frankreich so bereits vor dem Kriege gehandelt hat, wie würde es erst nach dem Kriege handeln, wenn es die Verfügung über das Erzbecken von Briey behielte! Prof. Gothein bemerkt treffend:

„Man mag noch so sehr für einen Verständigungsfrieden eintreten, noch so warm auf ein späteres einstimmiges Zusammenwirken der jetzt feindlichen Völker auf dem wirtschaftlichen wie auf dem geistigen Gebiet hoffen, noch so skeptisch die Achseln zu den Drohungen mit einem Wirtschaftsboykott zucken, aber daß wir mit einer dauernd feindseligen Stimmung zumal in Frankreich zu rechnen haben, die gerade die kleinen Gelegenheiten benutzt, um uns zu schädigen — das ist nur zu gewiß. Man kann wohl die großen handelspolitischen Richtlinien in einem Friedensvertrage feststellen, aber den Verwaltungsweg, der eben ein Schleichweg mit vielen Fallen ist, kann man nicht im voraus ebnen. Und wie sollte man eine völlige Sperre des Erzbezuges verhindern? Es brauchen bloß nach amerikanischem Muster englische Konsortien die Erzfelder zu erwerben, um sie nicht zu betreiben und den Nachbarn aufs Trockene zu setzen."

Für Deutschland, so folgt auch aus dieser Untersuchung, ist der Erwerb des Briey-Beckens eine Lebensfrage. Für Frankreich dagegen wäre das Opfer, das mit der Abtretung des Beckens von Briey von ihm verlangt würde, nicht allzu groß, da Frankreich an Minetteerzen in der Normandie, und zwar in weit günstigerer Lage, Ueberfluß hat. Prof. Gothein läßt die Frage offen, ob das Becken von Briey im Wege der Abtretung oder durch Ankauf oder Austausch der deutschen Eisenindustrie

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(32) (Nachdruck verboten.)

„Das wird doch hoffentlich nicht ausschlaggebend gewesen sein bei meiner Schwester?" fragte Georg ernst, der übermütige Neckton war verflogen.

„Was denkst du, Georg! Ich hab ihn lieb!" entgegnete sie innig. „Seine Millionen haben mich wahrhaftig nicht beeinflußt! Aber freust du dich denn gar nicht?"

„Daß du dich verlobt hast, freut mich. Noch mehr aber würde es mich freuen, wenn es kein Engländer wäre, den meine Schwester sich erwählt hat! Es gibt genug deutsche Männer, die ein so hübsches tüchtiges Mädchen wie du es bist, heimführen können!"

„Schorschel, die Liebe fragt doch nicht nach der Nation. Patrick ist so gut; ihr werdet Euch auch verstehen lernen!" Und dann mit ihrer frühren Schelmerei: „Denke, ich durfte auch diese nie wiederkehrende Gelegenheit, meine englischen Sprachkenntnisse aufzufrischen, nicht vorübergehen lassen! — Ich hab' schon viel gelernt, und er noch mehr — er spricht jetzt schon so geläufig Deutsch! Im Kontor wundert man sich darüber, sagt Papa!"

„Am ersten Januar gibt nun Patrick seine Wohnung bei uns auf. Wenn er hier in der Villenkolonie keine passende findet, zieht er nach der Stadt und kauft sich dort ein Auto."

Als man zu Tische gehen wollte, wurde Patrick gerufen, der schon mit Ungeduld gewartet hatte; doch hatte er die erste Stunde des Wiedersehens der Eltern und des Sohnes nicht stören wollen.

„Machen Sie mir meine liebe Schwester glücklich! Sie verdient es, wie keine andere; jedem Haus wird sie die lebenspendende Sonne!" sagte Georg ernst zu Cargill, nachdem sich die beiden begrüßt.

Patrick nickte nur. Aber an seinem herzhaften Händedruck und an dem tiefen Blick seiner Augen merkte Georg, daß dies sein Lebensziel sein sollte! — — —

Weihnachtsabend! Feierlich klangen die Kirchenglocken in der winterklaren Luft. Den ganzen Tag hatte es geschneit; es war ein richtiges Weihnachtswetter

Am Vormittag schon hatte Elisabeth Kühne mit der Pfarrerin und der Frau Doktor Rehfeld den Gabentisch für die Dorfjugend und die Dorfjugend fertig gemacht, der im großen Saal des Schulhauses stand; nach dem Gottesdienst um sechs Uhr sollte beschert werden. Und wie hatten die Damen diesmal noch sorgen können, da Elisabeth der Frau Pfarrer am Tage vorher drei Hundertmarkscheine gegeben hatte: „Von meinem Verlobten, dafür soll gekauft werden, was die Damen wollen —"

Und die Ueberraschung als der Name des Verlobten gefallen! Besonders die Pfarrerin konnte sich nicht genug tun, das Glück zu preisen, das der „lieben Elisabeth" als „Christkindl" in den Schoß gefallen sei. Und gleich am Nachmittag fuhr sie nach der Stadt, um nach Herzenslust Einkäufe zu machen, so daß diesmal der Gabentisch in nie geahnter Fülle prangen konnte.

Nach alter Sitte nahm die Gutsherrschaft am Abendgottesdienst teil; neben ihnen saß diesmal die Vermehrensche Familie; Astrid mit ihrem Verlobten war das Bindeglied. Auch die junge Frau Adelheide war mit ihrem Gatten anwesend, um das erste Weihnachtsfest als Frau in der alten Heimat zu feiern.

Unten im Kirchenschiff auf einer der ersten Reihen saßen Dr. Rehfelds und der Prokurist Kühne mit dem Sohne und dem Brautpaar. Und die Herrschaften oben auf der Empore mußten unwillkürlich die junge Braut bewundern, die so unbeschreiblich liebreizend und fromm neben dem Verlobten saß.

Patrick Cargills Verlobung hatte doch in der Familie des Geheimerats Ueberraschung erregt — am wenigsten waren aber Astrid und Ursula davon berührt.

„Gott sei Dank, nun hat das Gerede mit dem langweiligen Engländer ein Ende," meinte Ursula, „nun könnt ihr wenigstens nicht mehr an mir herumreden! Elisabeth Kühne hat meinen ganzen Segen!"

Und sie ließ die Mutter sprechen und bedauern, daß aus der geplanten Verbindung mit dem reichen Handelshause durch ihre Schuld nichts geworden sei; sie hätte wohl ein wenig entgegenkommender sein können! — — —

Patrick Cargill kam sich augenscheinlich ein wenig seltsam in dieser ihm ganz ungewohnten Umgebung vor. Doch die weihevolle Stimmung der Weihnachtsfeier in der kleinen Dorfkirche — der Klang der Orgel, der andächtige Gesang der Gemeinde, aus dem sich deutlich die hohen, hellen Kinderstimmen heraushoben, die innigen Weihnachtslieder und die zwei lichterbrennenden Tannen neben dem einfachen Altar — alles das wirkte mächtig auf ihn ein.

Und nachher die Bescherung im Schulhaus, der die gräfliche Familie mit beiwohnte! Auf zwei langen Tafeln, die mit weißen Tüchern belegt waren, prangten die Geschenke, in der Hauptsache ja nützliche Gegenstände, aber alles nett und gefällig geordnet, mit Tannenzweigen geschmückt, und die Teller mit Honigkuchen, Aepfeln und Nüssen. Elisabeth hatte schon mehrere Tage vorher vollauf zu tun gehabt, um alles herzurichten.

Die Kerzen flammten am großen Lichterbaum auf und spiegelten sich in glänzenden, erwartungsfrohen Kinderaugen wider — und da sah Patrick Cargill, was für Freude durch Geld geschafft werden konnte, wenn man es richtig anlegte, und in liebevoller sinniger Weise für jeden das für ihn Nötige und Erfreuende aussuchte!

Bei den kleineren Kindern sah er Elisabeths Kunstfertigkeiten. Leise lächelnd sagte das junge Mädchen zu Herma Rehfeld, auf das Puppenzimmer deutend:

„Hierbei haben wir uns verlobt! Mein Bräutigam hat die Möbel herrichten müssen."

Liebevoll sah ihr Herma in die Augen, in das glückstrahlende Gesicht. Sie streichelte ihr die Wange.

„Alles Glück der Erde für Sie, liebes Kind! Ihrem reichen guten Herzen ist ja nun viel Gelegenheit gegeben, Not zu lindern!"

Nur von weitem hatte Astrid Vermehren Doktor Rehfeld gesehen. Die Dorfkinder drängten sich zutraulich um ihn, und er beugte sich zu ihnen nieder und lachte und scherzte. Wie gut ihm das Lachen stand! Und die Fröhlichkeit, mit der er sich unter den Kindern bewegte! So hatte sie ihn noch nie gesehen. Schmerzlich krampfte sich ihr das Herz zusammen; an Peters Seite, der sie zärtlich unterfaßte, ging sie zum Schulhaus hinaus, ohne Gelegenheit gehabt zu haben, auch nur einen Gruß mit ihm auszutauschen — ihr war es, als ob er das absichtlich vermieden.

„Nun, Frau Doktor, wie werden Sie das Fest verleben?" fragte Sanna Westenfeld, als sie an Frau Hermas Seite dem Ausgang zuschritt.

(Fortsetzung folgt.)

schlossen werden soll, da es ihm darauf ankomme, vor allem die wirtschaftliche Notwendigkeit des Erzbezuges aus Briey darzulegen. Das ist ihm im vollen Umfang gelungen, und je eher die Erkenntnis dieser Notwendigkeit überall in Deutschland durchdringt, desto besser für unser gesamtes Wirtschaftsleben, desto besser insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft.

Nach Wilson — Lloyd George.

WTB. London, 13. Febr.

Nachdem König Georg im Unterhause seine Eröffnungsrede gehalten hatte, sprach Asquith über die jüngsten politischen Ereignisse. Besonders betonte er die Notwendigkeit, alles zu tun, damit England seine Hilfsquellen ökonomisch und militärisch so gut wie möglich ausbeute. Schließlich verlangte er eine Erklärung der Regierung über die Art, wie künftig die Kriegsleitung geführt werden soll.

Dann ergriff Lloyd George das Wort und sagte: Mein Freund Asquith hat über die jüngsten Reden zur Friedensfrage gesprochen. Die Regierung bleibt auf dem Standpunkt der wohlerwogenen Erklärung, die ich im Anfang dieses Jahres abgegeben habe. Ich lese mit tiefer Enttäuschung

die Antworten des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Czernin.

Es ist durchaus richtig, daß hinsichtlich des Tones ein großer Unterschied zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Rede besteht. Hinsichtlich des Inhalts kann ich einen Unterschied freilich nicht finden. Die Rede des Grafen Czernin war von großer Härte, wenn man zu dem wirklichen Inhalt der von den Alliierten aufgestellten Forderungen kommt. So soll Mesopotamien, Palästina und Arabien den Türken vermutlich unter denselben Bedingungen zurückgegeben werden, unter denen Deutschland Belgien zurückgeben will. Die Angebote hinsichtlich der italienischen Ansprüche, sagte Graf Czernin einfach, sind nun zurückgezogen worden. Die Fragen betr. die slawische Bevölkerung Oesterreichs gehen uns nichts an. Graf Czernin hat keine einzige Friedensbedingung bekannt gegeben, die zu erörtern möglich wäre.

Was die deutsche Antwort anlangt, so ist es schwer zu glauben, daß es dem Grafen Hertling mit einigen seiner Forderungen ernst war. Die Forderungen, daß

Großbritannien seine Kohlenstationen

auf der Welt aufgeben müsse, ist zum erstenmal aufgestellt worden, und ich glaube, daß dies die allerletzte Forderung war, die Deutschland mit Anstand erheben konnte. Diese Kohlenstationen sind deutschen Kriegsschiffen und deutschen Handelsschiffen ebenso zugänglich gewesen wie den britischen. Sie erhielten dort den gleichen Beistand. Es bestanden dort deutsche Kohlenfirmen unter denselben Bedingungen wie britische Firmen. Die Erhebung einer solchen Forderung zum erstenmal im vierten Kriegsjahr ist der beste Beweis dafür, daß das Deutsche Reich, oder wenigstens seine gegenwärtigen Leiter, nicht in einer Stimmung sind, vernünftige Friedensbedingungen mit den Alliierten zu erörtern. Ich bedaure dies aufs tiefste. Die Handlungsweise des Deutschen Reiches gegenüber Rußland beweist, daß alle Erklärungen über einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen keine wirkliche Bedeutung haben. Ueber Belgien wurde keine befriedigende Antwort gegeben, desgleichen nicht über Polen und über die berechtigten Ansprüche Frankreichs, kein Wort über die Bevölkerung italienischer Rasse und Sprache, die jetzt unter österreichischem Joche lebt. Weder bei Hertling noch bei Czernin ein Zeichen dafür, daß sie bereit sind,

die Rechte der Alliierten auf Mesopotamien und Arabien

anzuerkennen, kein Beweis dafür, daß die Mittelmächte bereit sind, einen Frieden zu Bedingungen zu machen, die wir als gerecht und vernünftig betrachten können. Die Regierung kann nicht im geringsten von ihrer Erklärung ihrer Kriegsziele abgehen, die allem Anscheln nach die ganze Nation für gerecht und gemäßigt ansieht, und so wird es unsere traurige Pflicht sein, alle zur Herstellung des Völkerrechts in der gesamten Welt nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Ueber

die Konferenz in Versailles

kann ich naturgemäß dem Hause eine Erklärung nicht abgeben, ohne gleichzeitig die Pläne der Alliierten zu enthüllen. Im November, nach meiner Rückkehr von der Konferenz in Rapollo, erklärte ich allerdings noch, es sei nicht die Absicht der Alliierten, daß der noch nicht errichtete Kriegsrat eine ausführende Gewalt haben solle. Inzwischen ist Rußland aus dem Kriege ausgeschieden. Zahlreiche deutsche Divisionen sind von dem Osten nach dem Westen gebracht worden. Die Lage wurde sehr viel bedrohlicher als sie damals war. Die Alliierten sind in der Zeit zusammengekommen, um die besten Mittel zur Begegnung dieser Bedrohung im Jahre 1918 zu beraten. Die Ueberlegenheit der Alliierten an Truppen auf der Westfront hat stufenweise und sogar rasch nachgelassen, besonders während der wenigen letzten Wochen, trotz der von den Deutschen den Russen gegenüber eingegangenen Verpflichtung, daß während des Waffenstillstandes keine Truppen von der Ostfront nach der Westfront abgezogen werden sollen. Dies müssen wir uns auch vor Augen halten, wenn wir über Friedensbedingungen sprechen. (Beifall). Denn es hat einen tatsächlichen Einfluß auf die Bürgschaften.

Die Alliierten in Versailles mußten nun ihr Augenmerk darauf richten, daß die ganze Kraft ihrer Truppen — von Frankreich, England, Italien, Amerika — für die Stellen, wo der Angriff kommt, verfügbar wären.

Wo wird der Angriff kommen, wer kann es wissen?

Das war das Problem, dem wir in Versailles gegenüberstanden. In der alten Konferenz traten die militärischen Mitglieder zusammen. Die Zivilmitglieder trafen sich an einer anderen Stelle und die militärischen Mitglieder erschienen mit einem fertigen Schriftstück, das ihre Entschlüsse ausdrückte. Ich kann nicht verhehlen, daß die Erörterung der Kriegführung auf einer derartigen Konferenz eine bloße Farce war. Nun traten zwecks Erreichung einer Entscheidung die Zivil- und militärischen Mitglieder, die Höchstkommandierenden, die Stäbe und die Ministerpräsidenten auf vier bis fünf Tage zusammen, während deren eine freie Erörterung aller Beteiligten stattfand. Es genügt zu sagen, daß die getroffenen Entschließungen einstimmig waren. Es gibt keine Armee, deren Sicherheit stärker von der Ausführung dieser Entschließung abhängig ist, als die britische. Sie nimmt den wichtigsten Frontabschnitt ein. Ich fühlte mich geschmeichelt, als ich erkannte, daß diese neue Armee, in den letzten zwei bis drei Jahren aus dem Boden gestampft, von Frankreich im Verein mit seiner eigenen großen Armee mit der Verteidigung seiner Hauptstadt und der wichtigsten Teile Frankreichs betraut worden ist, und daß

die Häfen entlang der Küste

seitens Frankreich der britischen Armee vollkommen freiwillig (!) zur Verteidigung überlassen wurden. Dies ist ein Beweis des Vertrauens (!) zur Tapferkeit und Tüchtigkeit unserer Armee und ihrer Führung.

Lloyd George erklärte weiter, es ist unmöglich, dem Hause mitzuteilen, was für exekutive Befugnisse dem Versailler Kriegsrat übertragen worden sind, wenn ich nicht sagen will, was er für eine Aufgabe habe. Das Veröffentlichungsverbot ist erst erlassen worden, nachdem jede einzelne Regierung eine solche für unratsam erklärt hat. Wenn das Unterhaus mit meinen Aeußerungen nicht zufrieden ist, so kann es die Regierung ändern, aber die fortwährenden Erörterungen dieser Angelegenheit in den Zeitungen macht eine Kriegsführung unmöglich. Ich meinerseits würde das sämtlichen Blättern verbieten. Ich appelliere an das Unterhaus, die Regierung zu unterstützen, daß wenn Entschließungen getroffen werden, sie ausgeführt werden müssen und dem Feinde nicht enthüllt werden dürfen, um ihm nicht Nachrichten an die Hand zu geben, die es ihm ermöglichen, seine Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

*

WTB. Amsterdam, 14. Febr. „Nieuws van den Dag" schreiben zu der Rede des englischen Premierministers Lloyd George: Die Debatten, die gestern im Unterhause stattfanden, verraten eine Nervosität, wie man sie von Seiten der sich gewöhnlich gut beherrschenden englischen Staatsmänner nicht gewöhnt ist.

Ein neutrales Urteil über Wilsons Botschaft.

WTB. Haag, 13. Febr. Der „Nieuwe Courant" schreibt: Im allgemeinen ist die Botschaft Wilsons von versöhnlichem Geiste beseelt. Sie enthält kein Wort des Hasses, betont aber nachdrücklich, daß sie auch keine Drohung sein will. In dieser Hinsicht steht sie in deutlichem Gegensatz zu der Erklärung von Versailles. Wilson konstruiert einen Konflikt zwischen dem Kanzler und der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Wir bezweifeln, ob er es mit Recht tut. Aufrichtige Friedensfreunde in Deutschland versichern, daß der Kanzler unzweideutig auf der Grundlage dieser Resolution steht und daß keine Rede davon ist, daß er an die Militärpartei gekettet ist.

Unser Verhältnis zu Rußland nach Trotzkis Erklärung.

÷ Berlin, 13. Febr. Die „Germania" bringt heute eine Darstellung unseres augenblicklichen völkerrechtlichen Verhältnisses zu Rußland, der vielleicht die Regierung nicht fernsteht. Danach sei der Waffenstillstandsvertrag durch die Trotzkische Friedenserklärung als von den Tatsachen überholt zu bezeichnen, denn der Vertrag sei verursacht gewesen von dem Wunsch der Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens. Das Ziel eines solchen Friedens sei aber von Trotzki ganz aufgegeben und es müsse darum nach gemeinrechtlicher Auffassung der Grundsatz in Wirkung treten: Cessante causa, cessat effectus. Der Erklärung Trotzkis, daß er nicht weiter verhandeln und überhaupt keinen Friedensvertrag unterzeichnen wolle, wohne ohne weiteres die Bedeutung einer Kündigung des Vertrages inne, er könne also die Grundlagen des völkerrechtlichen Verhältnisses zwischen dem Vierbund und Rußland nur noch bis zum 17. Februar bilden. Vom 17. Februar an würden wir uns wieder im Kriegszustand befinden, aber einseitig sich nur die russische Nation als befriedigt ansehen können. Völkerrechtlich sei dieses ungleiche Verhältnis durchaus unbekannt, man könne höchstens an das Gegenstück der sogenannten Friedensblockade denken, an die Uebertragung jener Gewaltmaßregel auf das Kriegsrecht zu Lande, die die Großmächte seit etwa hundert Jahren wiederholt zur See angewandt haben, um kleinere oder schwächere Staaten zur Erfüllung von Verpflichtungen zu zwingen. Da Rußland nun von seinem Ueberfall abzustehen in aller Form erklärt habe, und solange es dieser Erklärung praktisch gerecht werde, könnten wir den Krieg nach Osten tatsächlich nicht fortsetzen, ohne seinen Charakter als Verteidigungskrieg aufzuheben. Vom theoretischen Rechtsstandpunkt aus werde man sich also in die Tatsache finden müssen, daß man den von Trotzki geschaffenen Zustand, ohne zu einem Angriffskrieg überzugehen, nicht ändern könne. In diesem Sinne schrieb auch schon der Berliner Rechtslehrer Geheimrat Kohler in der „Nordd. Allg. Zeitung", daß ein einseitiger Vertrag vorliege. Rußland dürfe keine kriegerische Aktion mehr vornehmen, es sei denn, daß eine neue Kriegserklärung erfolge. Rußland müsse das Heer demobilisieren, es sei dazu verpflichtet, ohne Rücksicht auf das, was wir tun. So komme in der Tat alles auf Rußlands Praxis an.

WTB. Kopenhagen, 13. Febr. Ueber den Frieden zwischen Rußland und Deutschland führte der Abgeordnete der russischen Regierung Kamenew gegenüber einem Stockholmer Vertreter des hiesigen Blattes „Sozialdemokraten" aus: Was vorliegt, ist die Friedenserklärung von russischer Seite. Rußland hat durch seine Unterhändler erklärt, daß es den Krieg nicht fortsetzen will und kann. In diesem Entschluß liegt aber keine Abweichung von unserem Friedensgrundsatz und auch keine Anerkennung des deutschen Standpunktes. Wir haben uns freie Hand vorbehalten, um auf der allgemeinen Friedenskonferenz, die einmal kommen muß, für unsere Grundsätze einzutreten. Kamenew erklärte weiter, daß Deutschland wohl seine Truppen an der Ostfront nicht ganz zurückziehen, sondern eine Grenzwache zurücklassen werde. Schließlich sagte Kamenew, man irre sich, wenn man glaube, daß Trotzki eigenmächtig gehandelt habe. Der Beschluß der Friedenserklärung und Demobilisierung sei in Petersburg in der letzten Sitzung des allgemeinen Arbeiter- und Soldatenrates gefaßt worden, wo Trotzki anwesend gewesen sei.

* * *

Allgemeiner Sturz der Kriegs-Entente-Aktien in Amerika.

hz. Amsterdam, 12. Febr. Auf die New-Yorker Börse war der Eindruck der Funksprüche und Kabelmeldungen über den Separatfrieden mit Klein- und Großrußland katastrophal. Unbeschreibliche Szenen spielten sich in dem großen Raume der Stock Exchange und auf offener Straße in Wall-Street ab. Alle Aktien, die überhaupt etwas mit dem Kriege zu tun hatten, fielen mit erschreckender Schnelligkeit. Auch der Kurswert des Pfundes Sterling, des Lire und des Franken, ausgenommen des Schweizer Franken, erlitten Einbuße, während der Rubel, in minder öffentlichen Transaktionen die Mark und die österreichische Krone langsam zu steigen beginnen. Alte Börsianer von Wall„Street bezeichnen jetzt diesen Montag, den 11. Februar, als den schlimmsten Börsentag seit dem berüchtigten „schwarzen Freitag" Anfang der Siebziger Jahre.

*

Die russischen Sovjets.

* Berlin, 14. Febr. Laut „Berl. Tagebl." meldet die „Daily Mail" aus Petersburg: Der Kongreß der russischen Sovjets beschloß, sich in Permanenz zu erklären bis zum Vertragsabschluß Rußlands mit allen Kriegführenden über die Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft.

*

Das englische Ränkespiel in Rußland.

WTB. Warschau, 13. Febr. „Codzina Polski" bringt Mitteilungen, die der Mitarbeiter des „Spectator" über die Rolle Englands in der russischen Revolution von einer kürzlich aus Rußland zurückgekehrten Persönlichkeit erhalten hat. Die englische Agitation in Rußland verfolgte den Zweck, ein polnisches Heer zu bilden, das der Entente zu Diensten wäre. Nach Ausbruch der Revolution stellte die englische Botschaft in Petersburg Vertretern der polnischen Emigranten Millionensummen zur Verfügung zur Rückwanderung der Polen aus der desorganisierten russischen Armee und zur Bildung besonderer polnischer Korps. In der Tat entstanden zwei solcher Korps. Inzwischen brach die bolschewistische Revolution aus, die gegen eine weitere Kriegführung war. Die polnischen Regimenter mußten sich nach Minsk zurückziehen, wohin auch polnische Abteilungen zusammengezogen und für die Verteidigung der dortigen Polen bereitgestellt wurden. Sie leisteten aber nichts. Das ganze raffinierte Morden und Rauben, das der russische Soldat bei Pogromen in Wolhynien, Podolien und in der Ukraine zeigte, führt der Gewährsmann von „Spectator" darauf zurück, daß die Engländer, um unter den russischen Truppen die Wut gegen die Deutschen wach zu halten, in den Schützengräben Kinovorstellungen organisiert hätten, die Greueltaten darstellten, die angeblich von den Deutschen in Frankreich und Belgien begangen wurden. Was also der russische Soldat auf diese Weise sah, führte er dann in Wirklichkeit aus.

*

Finnland und Aaland.

WTB. Malmö, 13. Febr. Die Führer der schwedischen konservativen Partei, Prof. Trygger und Admiral Lindman haben in der Zeitung „Syds Svenska Dagbladet" ein Interview erscheinen lassen und sich zur Lage in Finnland folgendermaßen geäußert: Wir hegen keinerlei Zweifel daran, daß in Finnland nicht ein Klassenkampf, sondern ein Kampf der Kultur gegen Gewalt und Barbarei geführt wird. Es scheint uns unmöglich, daß Schweden der von uns anerkannten finnischen Regierung die Transitierung und die Ausfuhr von Waffen und Munition verweigern würde. Sowohl der König wie die führenden Männer der Regierung haben ihrer Sympathie für die Selbständigkeitsbestrebungen Finnlands deutlich Ausdruck gegeben. Der Aufruhr, der in Finnland ausgebrochen ist, bedroht die neuerworbene Freiheit. In dieser Lage hat die gesetzliche Regierung in Finnland Schweden um Hilfe gebeten. Die Bitte betrifft nicht eine staatliche bewaffnete Intervention, sondern eine Hilfe bestehend aus Waffen, die für den Freiheitskampf unerläßlich sind. Eine Weigerung Schwedens, die Durchfuhr und die Waffenausfuhr aus neutralen Ländern zu gestatten, wäre nicht mit einer unparteiischen Haltung einem alten Bruderlande gegenüber vereinbar. Es ist unbedingte Pflicht der Regierung, bei der Regierung von Rußland und bei den Mächten Vorstellungen zu machen hinsichtlich ihrer Mitwirkung zu Maßnahmen, um in Finnland geordnete Zustände wieder herzustellen. Was Aaland betrifft, so müssen unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um die Bevölkerung gegen eine Behandlung zu schützen, die der ähnelt, die Finnland verwüstet. Schweden muß die Bevölkerung Aalands schützen in der Erwartung, daß die Frage der zukünftigen Stellung Aalands endgültig entschieden werden kann.

() Stockholm, 13. Febr. Wie Stockholms „Dagbladet" aus zuverlässigen Quelle erfährt, ist auf Aaland unter den russischen Truppen eine völlige Revolte ausgebrochen. Die Soldaten ziehen umher und verhaften die ihnen mißliebigen Inselbewohner. Sie verwenden dabei Bluthunde, um ihre fliehenden Opfer aufzuspüren. In Mariehaven sollen sie ein entsetzliches Blutbad angerichtet haben. Die 2000 russischen Soldaten, die auf Aaland liegen, sind mit Munition und Maschinengewehren versehen, während die Bevölkerung von Aaland völlig wehrlos ist. Auf den Inseln zwischen Aaland und der schwedischen Küste herscht große Panik.

lk. Berlin, 14. Febr. Aus Kopenhagen wird der „Berliner Volkszeitung" berichtet: „National Tidende" meldet aus Malmö: die Landung finnischer Truppen auf Aaland. Abteilungen der Bürgergarde seien von Nystad aus über das Eis nach Aaland vorgedrungen, wo ein Zusammenstoß mit dem russischen Militär bevorsteht. Man nimmt an, daß diese finnische Landung nicht ohne Einfluß auf die Lösung der Aalandsfrage sein werde.

WTB. Stockholm, 14. Febr. Meldung von Svenska Telegram Byran. Infolge der Gerüchte über die Unruhen in Aaland und der Ueberfahrt schwedischer Untertanen nach Signildskaer wird eine Expedition ausgerüstet. Ein großer Eisbrecher ging gestern ab.

Die Nationalliberalen und die Reichstagsmehrheit.

* Von der Frage der Teilnahme der nationalliberalen Fraktion an den interfraktionellen Besprechungen ist in den letzten Tagen in der Presse viel die Rede gewesen. Wie die „Köln. Ztg." von zuständiger nationalliberaler Seite erfährt, liegen die Dinge folgendermaßen:

Die nationalliberale Fraktion hat sich seinerzeit mit den Fraktionen der Mehrheit auf dem Boden der Verständigung zusammengefunden, die einerseits diejenigen Punkte umfaßte, die Graf Hertling in seiner Propagandarede zum Ausdruck gebracht hat, die aber anderseits auch die Wahrung des Burgfriedens bis zum Ende des Krieges zur Voraussetzung hatte. Das ist besonders scharf von nationalliberaler Seite stets betont worden. In dieser Wahrung des Burgfriedens, die in der schnellen Erledigung der Kreditvorlage ebenso wie im Zurückstellen der verfassungsrechtlichen Fragen ihren Ausdruck finden sollte, sah man auf nationalliberaler Seite das Aequivalent gegen das Programm des Grafen Hertling, das weitergehende Zugeständnisse an die Linke in sich schloß. Nun ist dieser Burgfriede, der unter dem Eindruck der damaligen Verständigung in der hinter uns liegenden Session des Reichstags auch voll gehalten wurde, in den letzten Wochen aufs schärfste erschüttert worden durch Vorgänge, die mit der Streikbewegung in Berlin und einzelnen Orten im Reiche zusammenhängen. In nationalliberalen Kreisen besteht gar kein Zweifel darüber, daß dieser Demonstrationsstreik Landesverrat bedeutete. Pflicht der Sozialdemokratie wäre es gewesen, sich diesem Streik mit allem ihrem Einfluß und aller ihrer Autorität entgegenzuwerfen, auch auf die Gefahr hin, daß die Sozialdemokratische Partei dadurch vorübergehend Schaden erlitte. Den sozialdemokratischen Führern stand aber bei diesem Streik die Partei über dem Vaterland. Ihre Haltung ist eine durchaus unsichere und unbestimmte gewesen. Man hatte zuweilen die Empfindung, daß sie sich bei siegreicher Beendigung des Streiks an die Spitze der Streikenden gestellt haben würde. Auf nationalliberaler Seite ist daher die Frage zu prüfen, ob die Voraussetzungen, von denen die Fraktion bei der seinerzeitigen Vereinbarung ausgegangen ist, noch vorhanden sind. Die Fraktion hat sich in keiner Weise von ihren eignen freiheitlichen Auffassungen auf dem Gebiete der Politik zurückdrängen lassen. Auf der anderen Seite aber erscheint ihr eine Gemeinschaftsarbeit mit der Sozialdemokratie nach deren vorher gekennzeichneten Haltung nicht tragbar. Die Fraktion tritt am 19. Februar zusammen und wird zu der Gesamtlage und im Zusammenhang damit auch über ihr Verhältnis zu den übrigen Parteien Stellung nehmen.

);(Berlin, 14. Febr. Wie einzelne Morgenblätter erfahren, hat gestern wiederum eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages stattgefunden. Auch diesmal war die nationalliberale Fraktion nicht vertreten, doch meint die „Voss. Ztg.", daß die nationalliberale Fraktion sich zur Reichstagsmehrheit doch rechnen werde. Diese, d. h. das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Fortschrittliche Volkspartei, werde an ihrer bisherigen gemeinsamen Parlamentstaktik festhalten wollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

24. öffentliche Sitzung.

△ **Karlsruhe**, 18. Februar.

Präsident **Kopf** eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzung und erinnerte daran, daß seit der letzten Sitzung des Hauses und der heutigen der erste Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik geschlossen wurde. Dies hatte, fuhr der Redner fort, zur Folge, daß auch Rußland den Kriegszustand gegen uns aufhob und daß wir wahrscheinlich in der nächsten Zeit mit Rumänien einen Friedensvertrag schließen werden. Noch ist aber ein allgemeiner Friede nicht erreicht, noch ist nicht klar, wie sich die Verhältnisse in dem zusammenstürzenden Rußland entwickeln werden. Aber ein guter Anfang zum Frieden ist gemacht und wir dürfen der Hoffnung sein, daß unsere Heere und ihre Führer die Feinde im Westen zu einem Frieden zwingen werden, wenn sie zu einem Verhandlungsfrieden nicht bereit sind. Unsere Wünsche begleiten unsere Heere und zu Hause wollen wir die Einmütigkeit wahren und dadurch dazu beitragen, daß in absehbarer Zeit ein ehrenvoller Frieden erreicht wird. (Beifall.)

Der Vorsitzende gab nun verschiedene Eingänge bekannt. Dann trat das Haus in die Tagesordnung ein,

die Beratung des Voranschlags der Großh. Oberrechnungskammer für die Jahre 1918 und 1919.

Abg. **Banschbach** (N. V.) berichtete für die Budgetkommission. Wie der Berichterstatter mitteilte, ergab sich in der Kommission Mehrheit für die Abschaffung von drei Vorsteherstellen durch Streichung einer Anerkennung im Etat. Die Kommission beantragte, den Voranschlag Großh. Oberrechnungskammer für die Jahre 1918 und 1919 mit einer Ausgabe von jährlich 131 740 ℳ und einer Einnahme von jährlich 290 ℳ zu genehmigen.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** bat um Genehmigung des Voranschlages, wie er dem Hause zugegangen ist. In den Jahren vor 1910 waren, führte der Minister aus, in verschiedenen Verwaltungszweigen gehobene Stellen geschaffen worden zur Verbesserung der Beförderungsverhältnisse der Beamten. Dazu gehörten auch die 3 Vorstandsstellen bei der Oberrechnungskammer. Man hat nun eingesehen, daß dieses Verfahren zu unhaltbaren Zuständen führte und kam zu der Meinung, daß diese Stellen wieder beseitigt werden sollen. Seit 1912 haben sich aber die Verhältnisse geändert.

Abg. **Wittemann** (Ztr.) vertrat einen Antrag der Abg. Wittemann und Gen. (Ztr.), der sich gegen die Streichung der Anmerkung wandte. Eine Stelle solle als künftig weiter bestehend betrachtet werden. Wenn man den Beamten die Stelle nehme, nehme man ihnen wohlerworbene Rechte.

Abg. **Stockinger** (Soz.) sprach sich gegen **die Beibehaltung der** Stellen aus.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** erklärte, seit 1912 sei, wie die Oberrechnungskammer mitgeteilt habe, ein Revisionsbeamter mit den Arbeiten eines Vorstehers betraut worden. Deshalb müssen diesem die Bezüge eines Vorstehers zugebilligt werden. Der Minister sprach sich für den Antrag Wittemann aus.

Abg. **Kolb** (Soz.) wandte sich gegen den Antrag Wittemann, da mit der Vereinfachung der Staatsverwaltung ernst gemacht werden müßte.

Abg. **Wittemann** empfahl nochmals seinen Antrag.

Ein Regierungskommissär wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Kolb.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters wurde der Antrag Wittemann mit 38 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Budgetkommission auf Genehmigung der Budgetposten wurde einstimmig angenommen.

Geh. Rat **Weingärtner** beantwortete

eine kurze Anfrage

des Abg. **Spang** (Ztr.) wegen Einfuhr von Obstwein. Danach hätte die Stadt Singen Obstwein für 40 Pfg. für den Liter aus der Schweiz einführen können. Die Einfuhr sei der Stadt nicht gestattet worden. Durch Vermittlung der Kriegsgesellschaft hätte sich dann der Preis des Obstweines über 1 ℳ gestellt. Wie der Regierungsvertreter ausführte, habe die Regierung das Gesuch auf die Bewilligung der Einfuhr beim Reichskommissär befürwortet; der es aber ablehnte. Er stellte sich auf den Standpunkt, es sei in Baden und Württemberg genug Obstwein hergestellt, so daß die Einfuhr nicht nötig sei. Der Kredit, der zur Einfuhr notwendig war, wäre zur Einfuhr anderer Waren notwendig gewesen. Bedauerlich sei, daß der vom Bürgermeisteramte Singen gekaufte Obstwein nicht zur Einfuhr gelangen konnte.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) berichtete für die Kommission für Ernährungsfragen über den Antrag Weißhaupt und Gen., wonach die Regierung ersucht werden soll, daß für das von den Kommunalverbänden zu liefernde Heu vom 1. Januar 1918 ab der Preis bezahlt wird, der sonst für das ganze Reich bestimmt ist und daß für das früher angelieferte Heu eine entsprechende Nachzahlung erfolgt. Der Berichterstatter teilte mit, daß ein Telegramm eingelaufen sei, wonach das Reich die Heupreiserhöhung bewilligt habe und auch die Nachzahlung erfolgen solle.

Geh. Rat **Weingärtner** bestätigte, daß das Telegramm eingetroffen sei, nach dem eine Nachzahlung gewährt wird.

Nach einer ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte wurde in die Aussprache über den Antrag eingetreten.

Abg. **Mast** (Ztr.): Im Prinzip bin ich mit dem Antrag einverstanden. Nur wünsche ich, daß der Antrag keine Erhöhung der Milch- und Butterpreise im Gefolge hat. Der Redner appellierte an die Einsicht der Landwirte, Milch in genügendem Quantum abzuliefern.

Abg. **Stockinger** (Soz.): Wenn der Abg. Mast an die Einsicht der Landwirte appelliert, wird er schlechte Erfahrungen machen. Die Landwirte werden mit der Politik des Zurückhaltens noch weiter fortfahren.

Abg. **Schön** (natl.): Es war ein unhaltbarer Zustand geworden, daß unsere Landwirte in Baden einen niedrigeren Preis erhalten, als die Landwirte der umliegenden Staaten. Es wäre für uns von Interesse, wenn wir erfahren könnten, wer dies veranlaßt hat. Wir haben uns dafür eingesetzt, daß eine Nachzahlung stattfindet, weil sonst eine Prämie geschaffen worden wäre, für die, die mit dem Heu zurückgehalten haben. Deshalb haben wir eine Anregung eingebracht, es möchten die Heupreise erhöht werden, wenn eine Nachzahlung erfolgen könnte. Der Hergang bei der Heupreiserhöhung ist ein Fingerzeig, wie wir in Zukunft in Baden Preispolitik treiben müssen.

Abg. **Müller-Weinheim** (natl.): Mit dem Heupreis ist man in ganz Baden unzufrieden gewesen. Das was der Bauer für seine Produkte mehr erhält, ist gering im Verhältnis zu seinen Ausgaben. Dem Abg. Stockinger gegenüber glaube ich nicht, daß die Bauern mit Milch zurückhalten.

Abg. **Weber** (Soz.): Die Preiserhöhungen sind nicht dazu angetan, die Stimmung im Volke zu heben. Die Landwirte erhalten bei anderen Produkten höhere Preise. Die Milchpreiserhöhung der Landwirte wird auch eine solche bei den Städten zur Folge haben.

Abg. **Massa** (F. Vp.): Man muß bei den höheren Preisen auch an die anderen denken, die sie aufzubringen haben. In einigen Monaten haben wir wieder Grünfutter. Deshalb soll man nicht den Milchpreis erhöhen infolge höheren Heupreises. Eine Spannung von 14 Pfg. vom Produzenten zum Verbraucher bei der Milch ist außergewöhnlich hoch. Bei der Spannung ließe sich manches einsparen, was dem Landwirt zugute käme.

Abg. **Hertle** (N. V.) bestritt, daß die Landwirte an der Milchpreiserhöhung vom 1. Januar schuld seien. Diese Milchpreiserhöhung sei vielmehr im Interesse der städtischen Kommunalverbände erfolgt.

Abg. **Spang** (Ztr.), Abg. **Schirmeister** (Ztr.), Abg. **Hartmann** (Ztr.), Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) und Abg. **Neck** (natl.) machten kurze Ausführungen.

Abg. **Strobel** (Soz.) bestritt, daß die Landwirte mehr geknebelt seien während des Krieges als die Arbeiter.

Abg. **Morgenthaler** (Ztr.) wies darauf hin, daß alle Produkte der Landwirte mit Höchstpreisen versehen seien. Die Preistreiberei erfolgte nicht durch die Bauern, sondern durch die Städter.

Weitere Ausführungen machten die Abgg. **Stockinger** (Soz.), **Albiez** (Ztr.), **Rösch** (Soz.), **Weiß** (Ztr.), **Müller-Eppingen** (N. V.).

Geh. Rat **Weingärtner**: In der Frage der Heupreise sind wir mit den anderen süddeutschen Regierungen vorgegangen. Bei der Festsetzung der Preise wurden Sachverständige gehört, angesehene Männer der Landwirtschaft. Bei dem Milchpreis ist es für die Regierung schwer, das richtige zu finden. Auf der einen Seite muß der Milchpreis für den Landwirt ausreichend sein, aber wir werden dafür sorgen müssen, daß er nicht zu hoch wird.

Geh. Oberregierungsrat Dr. **Schneider** behandelte die Frage der Milchversorgung und teilte mit, daß sich die neue Milchorganisation bewährt hat. Die Milchablieferung habe sich gebessert.

Der Antrag Weißhaupt wurde einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr. Tagesordnung: Voranschlag der Eisenbahnverwaltung. Schluß 7 Uhr.

Der Badische Eisenbahnrat.

Am 9. d. M. ist der Badische Eisenbahnrat im Sitzungssaale des Verwaltungsgebäudes der Generaldirektion zu seiner 66. Sitzung zusammengetreten. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde über die Erhebung eines Kriegszuschlags von 15 v. H. im Güter- und Tierverkehr auf Grund einer von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen an die Mitglieder des Eisenbahnrats ausgegebenen Denkschrift verhandelt. In der Denkschrift sind die Gründe für die Tariferhöhung ausführlich dargelegt. Es wird darin insbesondere dargelegt, daß das Erträgnis der bisher durchgeführten Tarifmaßnahmen wie Aenderungen der Allgemeinen Tarifvorschriften und der Gütereinteilung, Erhöhung der Mindestfrachten, Aenderung des Stückgutstoffeltarifs, Aufhebung von Ausnahmetarifen usw. nicht ausreicht, um die fortwährend sich steigernden Mehrauslagen sowohl für das Personal als auch in sachlicher Hinsicht, namentlich für Kohlen, zu decken. Man habe bisher davon abgesehen, die Tarife in gleichem Maße zu erhöhen, wie die Ausgaben zugenommen haben, weil man mit einer kürzeren Dauer des Krieges gerechnet habe und auch mit Rücksicht auf das allgemeine Wirtschaftsleben die Maßnahme solange als möglich hinausschieben wollte. Nach übereinstimmender Auffassung sämtlicher deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz lasse sich aber ein längeres Zuwarten mit der Durchführung einer allgemeinen Tariferhöhung nicht verantworten. Ein Zuschlag von 15 v. H., wie er von den deutschen Staatsbahnen vorgeschlagen werden und der am 1. April l. J. eingeführt werden solle, könne von dem deutschen Wirtschaftsleben ohne Nachteil getragen werden. Der Eisenbahnrat hat den Maßnahmen zugestimmt.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Neuregelung des Monatskartentarifs der badischen Staatsbahnen beraten. Es soll ein neuer Tarif auf folgender Grundlage eingeführt werden: Berechnet werden 25 Fahrten für 1 Monat. Auf die so berechneten Preise wird ein Nachlaß gewährt und zwar:

von 6—25 Kilometer = 1,6 vom Hundert,
von 26—61 Kilometer = 0,5 vom Hundert,

für jedes Kilometer bis zum größten Preisnachlaß von 50 vom Hundert, der auch auf Entfernungen von über 61 Kilometer eingeräumt wird. Die Generaldirektion führte dazu aus, daß die am 1. April 1918 in Kraft tretende Personenverkehrssteuer eine Aenderung des Monatskartentarifs nötig mache. Bei dem Aufbau des neuen Tarifs sei besonders auf den Gesichtspunkt einer gesunden Wohnungspolitik Rücksicht genommen, indem der größte Preisnachlaß in die Entfernungszone von 6—25 Kilometer gelegt worden, die für die Außensiedlung im Bereiche der großen Städte hauptsächlich in Betracht komme. Die Monatskarten für die 4. Klasse, die auf gleicher Berechnungsgrundlage wie für die 1.—3. Klasse beruhten, sollten insbesondere den sozial schwächeren Bevölkerungskreisen zugute kommen. Für die Benutzung von Schnellzügen mit Monatskarten 1.—3. Klasse seien, entsprechend den Grundsätzen des allgemeinen Verkehrs, Zuschläge vorgesehen. Der neue Monatskartentarif sei auch für die badische Strecke der Main-Neckarbahn in Aussicht genommen, wo bisher der preußische Monatskartentarif Geltung habe.

Auf einige Bedenken wegen starker Verteuerung der Schnellzugsmonatskarten im Nahverkehr wies die Generaldirektion darauf hin, daß es für alle Eisenbahnverwaltungen aus Betriebsrücksichten eine Notwendigkeit sei, den Nahverkehr aus den Schnellzügen fernzuhalten. Nach eingehender Aussprache stimmte der Eisenbahnrat dem vorgeschlagenen Monatskartentarif zu.

Aus der Versammlung wurde noch der Wunsch ausgesprochen, die Eisenbahnverwaltung möge dem Nahverkehr stark benutzter Strecken, wie z. B. Mannheim-Heidelberg Aufmerksamkeit zuwenden und Berücksichtigung bezüglich der Ausgestaltung des Fahrplans mit Personenzügen zuteil werden lassen. Die möglichste Berücksichtigung dieser Wünsche wurde zugesagt.

Fahrplanänderungen.

= Vom Donnerstag, den 14. Februar an verkehrt, so lange der um 6,33 Nachm. in Villingen abgehende Güterzug 7764 (mit Personenbeförderung) nach Donaueschingen nicht geführt wird, Werktags der Personenzug 1440 Villingen—Donaueschingen: Villingen ab 6,24, Marbach (Baden) ab 6,31, Klengen ab 6,36, Grüningen ab 6,42, Aufen (Hp) ab 6,47 Donaueschingen an 6.51 Nachm.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 14. Februar 1918.

= **Wieder eine Erhöhung der Milchpreise.** Wie die „Oberrheinische Korrespondenz" erfährt, fand gestern im Ministerium des Innern eine vertrauliche Besprechung über die Preisgestaltung für Milch, Butter und Eier statt. Zu der Besprechung waren Vertreter aus den Produzenten- und Konsumentenkreisen geladen. Die Beratungen waren vertraulicher Natur, es kann aber soviel mitgeteilt werden, daß eine Erhöhung der Milchpreise sowohl, wie der Preise für Butter und Eier in naher Aussicht steht.

= **Aenderung des Tarifs der Karlsruher Lokalbahnen.** Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats zugegangen, in der beantragt wird, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen, daß vom 1. April 1918 an der Personen-Tarif der Karlsruher Lokalbahnen folgende Aenderungen erfährt:

1. Für den Verkehr innerhalb des Gebiets der Stadt Karlsruhe gilt der Tarif der städtischen Straßenbahn,
2. für den übrigen Verkehr wird
   a. die Gebühr für den Kilometer auf 4 ₰ festgesetzt, unter Aufrundung des Fahrpreises auf die nächste durch 5 teilbare Zahl,
   b. der Preis der Monatskarten und der (steuerfreien) Wochenkarten für Arbeiter und Schüler, gültig für 6 Wochentage zur täglichen einmaligen Hin- und Rückfahrt, um ein Drittel auf 1,35 ₰ für den Kilometer erhöht unter Aufrundung auf die nächste durch 10 teilbare Zahl,
   c. der Preis solcher Wochenkarten für täglich zweimalige Hin- und Rückfahrt auf das Anderthalbfache der Karten für einmalige Hin- und Rückfahrt festgesetzt.

Im sonstigen Verkehr (Gepäck, Expreßgut, Milch, Tiere, sonstige Güter, Leichen) sollen die von da an gültigen Fracht- u. Gebührensätze der Großh. Badischen Staatseisenbahnen Anwendung finden.

= **Staatssekretär Dr. Solf** spricht, wie schon gemeldet, am Samstag, abends 8 Uhr, im Museumssaale in der hiesigen Abteilung der deutschen Kolonialgesellschaft über „Der Krieg und die deutsche Mission in unseren Schutzgebieten"

Letzte Drahtberichte.

Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte.

WB. **Berlin**, 14. Febr. Der Hauptausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses erledigte gestern die Beratung des Finanzetats und nahm u. a. eine Entschließung an, die Staatsregierung aufzufordern, daß die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen Gefallener oder an den Folgen des Krieges gestorbener Krieger eine der gegenwärtigen Teuerung entsprechende Erhöhung erfahre.

Der bulgarische Ministerpräsident in Berlin.

WTB. **Berlin**, 13. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der bulgarische Ministerpräsident ist heute Mittag in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichskanzler und anderen leitenden politischen Persönlichkeiten nach Abschluß der Verhandlungen in Brest-Litowsk politische Fragen zu besprechen. Die Zeitung hebt die ungewöhnlichen Gaben des bulgarischen Staatsmannes hervor und betont, daß seine Politik stets auf die Pflege der besten Beziehungen Bulgariens zu Deutschland gerichtet gewesen sei. In Deutschland schätze man aufrichtig das tapfer auftretende bulgarische Volk.

Der Bischof von Kowno in Berlin.

() **Berlin**, 14. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Der Bischof von Kowno, Karewicz, ist bei seinem Aufenthalt in Berlin vom Reichskanzler empfangen worden und hat auch im Auswärtigen Amte vorgesprochen, wo er eine Reihe von Wünschen zur Sprache brachte.

Die dankbaren Wiener.

WTB. **Wien**, 13. Febr. Bürgermeister Weiskirchner wird morgen nachmittage den Minister des Aeußeren Grafen Czernin bei seiner Ankunft am Nordbahnhof an der Spitze der Gemeindevertretung begrüßen und ihm den Dank der Wiener Bevölkerung für seine erfolgreiche Tätigkeit in der Friedensfrage ausdrücken.

Die Opposition der österreichischen Polen.

() **Berlin**, 13. Febr. Ministerpräsident Dr. v. Seidler setzt, wie dem „Berl. Lokalanz." aus Wien mitgeteilt wird, seine Verhandlungen mit den Parteiführern fort, um einen Ausweg aus der durch die Oppositionsstimmung der Polen entstandenen Krise zu finden. Die Schaffung einer Mehrheit für das Budget ist nach wie vor zweifelhaft.

Eine Entente-Konferenz über die Friedensbedingungen?

* **Berlin**, 14. Febr.. Französische Blätter melden daß eine Einladung des Präsidenten Wilson an die Alliierten zu einer gemeinsamen Konferenz über die Festlegung der Friedensbedingungen ergangen sei.

Eine neue englische Kriegsanleihe.

* **Berlin**, 14. Febr. Im März wird, laut „Berl. Lokalanz." England eine neue Kriegsanleihe ausschreiben. Es handelt sich diesmal um 40 Milliarden Schilling. England sei genötigt, so heißt es im „Daily Cronicle", den Geldbedarf auch von zwei anderen Alliierten Staaten auf sich zu nehmen.

Gruben-Unglück.

)(**Berlin, 14. Febr. Aus Essen wird dem „Berl. Tagebl." gemeldet, daß sich auf der Zeche Concordia bei Oberhausen eine Explosion ereignet habe, bei der sieben Bergleute getötet, sechs schwer und drei leicht verletzt wurden. Ein Schießmeister wird noch vermißt.**

Die preußische Wahlrechtsreform.

WTB. **Berlin**, 13. Febr. Im Verfassungsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses nahm der Vorsitzende heute das Wort zu folgender Erklärung:

Meine Herren! Mit der erstmaligen Durchberatung der Herrenhausvorlage ist ein erheblicher Teil der uns gestellten Aufgaben bereits erfüllt. Die Vorlage hat dabei eine wesentliche Erweiterung erfahren und ist angepaßt worden den zahlreichen Wünschen, die aus dem Lande an uns herangetreten sind. In parlamentarischen Kreisen rechnete man mit einer längeren Dauer der Kommissionsverhandlungen. Wenn trotz solcher gründlichen Beratung — es sind aus der Mitte der Kommission nicht weniger als 82 Anträge gestellt worden — der Abschluß der ersten Lesung der Herrenhausvorlage bereits erfolgt ist, so beruht dieser Erfolg auf der angespannten Tätigkeit der Kommission und der Herren Regierungsvertreter. Meine Herren! Ich will keine Vorschußlorbeeren für uns einheimsen, halte es aber für angezeigt, diese unbestreitbare Tatsache hier festzustellen, nachdem der Herr Ministerpräsident und Reichskanzler Graf Hertling sich seinerseits gegen die Unterstellung verwahrt hat, daß er nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit wie bei seinem Amtsantritt für die Wahlreform eintrete. Wenn der Herr Ministerpräsident keinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen lassen will so habe auch ich als Vorsitzender der Kommission zum Ausdruck zu bringen, daß jedes einzelne Kommissionsmitglied durchdrungen ist, von der großen Wichtigkeit unserer Verhandlungen und fleißig darauf bedacht ist, sie in der bisherigen Weise zu einem guten Ende zu führen.

WTB. **Berlin**, 13. Febr. Der Wahlrechtsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses beendete heute die Erste Lesung der Herrenhausvorlage. Der konservative Antrag, das Herrenhaus zukünftig 1. Kammer zu nennen, wurde angenommen und beschlossen, daß die Vertreter der Privatangestellten im Herrenhause von den Vertrauensmännern der Versicherten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte präsentiert werden sollen. Angenommen wurde ferner der Antrag, daß die Herrenhausvorlage gleichzeitig mit der Wahlrechtsvorlage in Kraft treten solle. Der Ausschuß beginnt morgen mit der Ersten Lesung der Abgeordnetenhausvorlage.

Botha gegen die allgemeine Dienstpflicht.

() **Berlin**, 13. Febr. Dem „Berl. Tagebl." wird aus dem Haag berichtet, daß nach einer Meldung des Reuterschen Büros in Kapstadt eine Besprechung zwischen den Abgesandten aller Landesteile stattgefunden habe, um den sehr zweifelhaften Nachschub zur Aufrechterhaltung der südafrikanischen Front zu sichern. Botha erklärte sich energisch gegen die allgemeine Dienstpflicht, deren Annahme zu unwahrscheinlich sei.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

6. Febr.: Julius, V. Franz Heißler, Schlosser. — 7. Febr.: Martha Frida, V. Georg Lieb, Kaufmann. — 9. Febr.: Günther Albert, V. Josef Bachert, Eisenbahnsekretär; Albert, V. Heinrich Matt, Kesselschmied. — 10. Febr.: Josef Friedrich, V. Josef Eyermann, Gipser; Hildegard Anna Charlotte, V. Friedrich Ruppert, Kunstmaler; Edgar Manfred Arnold, V. Paul Engler, Buchhalter. — 11. Febr.: Emil Johann Baptist, V. Emil Joh. Baptist Demling, Elektromonteur; Alfred Hermann, V. Karl Rausch, Unteroffizier.

Todesfälle:

12. Febr.: August Seitz, Privatier, Ehemann, 66 J.; Linus Bommer, Feldhüter, Witwer, 74 J. — 13. Febr.: Karl Erhard, Tapezier, ledig, 24 J.; Josefine Diez, 79 J., Witwe von Johann Diez, Oberamtsrichter.

Anbau von Zuckerrüben.

= Nach der Verordnung des Bundesrats vom 2. Februar 1918 sind die Zuckerfabriken berechtigt von Rübenbauern, die ihnen Zuckerrüben aus der Ernte 1916 zu liefern verpflichtet waren, für das Erntejahr 1918 Lieferung von Zuckerrüben von einer gleich großen Anbaufläche wie 1916 zu verlangen. Das Verlangen kann nur bis zum 28. Februar 1918 einschließlich gestellt werden. Bei Streitigkeiten hierüber entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde des Bezirks, in welchem die Fabrik liegt, bei uns der Großh. Landeskommissär.

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen rc.

der etatmäßigen Beamten der Gehaltstarifabteilungen H bis K sowie von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

— Zoll- und Steuerdirektion. —

Ernannt: der Obersteueraufseher Christoph Stein in Freiburg zum Steuerassistenten und der Steueraufseher Friedrich Hildebrandt in Haslach i. K. zum Steuereinnehmer.

Versetzt: die Grenzaufseher Kilian Meyerhöfer in Staad nach Konstanz und Ludwig Berger in Konstanz nach Staad.

In den Ruhestand versetzt: der Oberzollaufseher Benedikt Reiß in Lörrach auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit.

Enthoben: die Steuererheber August Schickle in Kleinsteinbach und Johann Friedrich Blum in Hausen auf Ansuchen.

Gestorben: die Steuererheber August Stüber in Lichtenau und Karl Egner in Korb am 17. Januar d. J.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Gesellschaft für Brauerei, Spiritus und Preßhefefabrikation vormals G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel.

Nach dem Geschäftsbericht über das 32. Geschäftsjahr konnte auch im 4. Kriegsjahr wiederum ein günstiger Abschluß erzielt werden. Der Rohüberschuß einschließlich des Gewinnvortrags vom Jahr 1916 beträgt 3 966 447 M.— Wie weiter mitgeteilt wird, wurden die Betriebe der Firma während des Geschäftsjahres weiter ausgedehnt, indem die Herstellung neuer einschlägiger Artikel aufgenommen wurde. Die Firma hat in Berlin-Britz ein am Teltow-Kanal gelegenes preiswertes Grundstück erworben, auf das später ein Teil der Fabrikation verlegt werden soll. Zwei in Stuttgart belegene Wirtshäuser wurden gemäß einem im Jahre 1913 abgeschlossenen Vertrag an eine württembergische Brauerei abgestoßen.

Von dem nach Abzug der Handlungsunkosten, Kriegsunterstützungen und Abschreibungen auf zweifelhafte Forderungen zur Verfügung stehenden Reinüberschuß von 3 058 705 M wurden in Uebereinstimmung mit der Direktion zu Abschreibungen verwendet: auf Gebäude, Wirtschaften und Gerätschaften 650 000 M, so daß zur Verfügung der Generalversammlung noch verbleiben 2 408 705 M. Es wird vorgeschlagen, diesen Betrag wie folgt zu verwenden: Vergütungen an die Beamten für 1917 50 000 M, Rückstellung für Zinsleistensteuer 7000 M, Zuweisung an die Ruhegehälter-Rücklage 36 835.28 M, Zuweisung an die Rücklage für Arbeiter-Wohlfahrts-Zwecke 9135 M, Rückstellung in die Kriegsgewinnsteuer-Rücklage für 1917 398 575 M, Zuweisung an die Rücklage für besondere Zwecke 300 000 M, 5½ Proz. Gewinnanteil auf die Vorzugs-Aktien 13 750 M, 16 Proz. Gewinnanteil auf die Stamm-Aktien 1120 000 M, Vertragliche und satzungsgemäße Gewinnanteile des Vorstandes und Aufsichtsrats 222 961.08 M. Der Gewinnvortrag auf neue Rechnung beträgt somit 250 448 M.

Für die sechste und siebente Kriegsanleihe zeichnete die Firma zusammen 3,1 Millionen M.

An Familienunterstützungen der zum Waffendienst eingezogenen Beamten und Arbeiter, sowie an Liebesgaben hat die Gesellschaft im Jahre 1917 265 871.54 M aufgewendet, die auf Gewinn- und Verlust-Konto verbucht sind.

In dem Bericht des Vorstandes heißt es u. a.:

Die Ausschließung des freien Handels bei der Lebensmittel-Versorgung hat wohl dem dringenden Bedürfnisse entsprochen, dem Preiswucher vorzubeugen. Andererseits ist es jedoch fraglos, daß dem freien Handel die Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln in mancher Beziehung besser geglückt wäre. Wenn auch solange der Krieg dauert, an eine Aenderung des Systems nicht gedacht werden kann, so muß es doch als dringend notwendig bezeichnet werden, daß nach Kriegsbeendigung, d. h. sobald dem Markte das gewünschte Rohmaterial wieder zugeführt werden kann, dem Lebensmittelmarkte die frühere Selbständigkeit gegeben wird. Eine Fortdauer der jetzigen Zustände über die Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft hinaus würde den Niedergang der Industrie herbeiführen.

Bekanntmachung.

Das Leichenfeld Ia auf dem Friedhof des Stadtteils Mühlburg, in welchem in der Zeit vom 20. März 1894 bis 22. Dezember 1897 die Leichen erwachsener Personen beigesetzt wurden, kommt demnächst zur Umgrabung.

Die auf dem bezeichneten Felde befindlichen Grabdenkmale und Einfassungen sind **bis zum 15. April ds. Js.** durch die Eigentümer zu beseitigen, andernfalls diese Arbeit nach Umfluß genannter Frist diesseits angeordnet wird.

Wer die Verschonung eines Grabes auf die Dauer einer weiteren 20jährigen Umgrabungsfrist erlangen will, wolle dies bis längstens 15. April ds. Js. auf dem **Bestattungsamt**, Rathaus, Eingang Zähringerstraße, 2. Stock, Zimmer Nr. 55, anmelden, woselbst die Bestimmungen, unter welchen die Verschonung gestattet wird, mitgeteilt werden.

Karlsruhe, den 7. Februar 1918.

Friedhof-Kommission. 83

Bei den

städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und
Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt. B 1a

Verband der Deutschtumsvereine.

Montag, den 18. d. M., abends 8 Uhr im grossen Rathaussaale

Vortrag

des Herrn Generalsekretär **Vosberg** aus **Posen** über:

Die Polenfrage im Rahmen unserer Kriegsziele

Die Mitglieder der Deutschtumsvereine und die der Deutschen Vaterlandspartei mit ihren Angehörigen werden hierzu freundlichst eingeladen. Gäste sind willkommen.

Eintritt frei.

Eine beschränkte Anzahl numerierter Plätze sind zum Preise von **1 Mk.** in der **Buchhandlung** von **Linck** und abends am **Saaleingang** zu haben. 1187

Der Vorsitzende:
Geh. Rat Dr. Boesser.

Die Stelle eines

Geschäftsführers
beim Kommunalverband Ettlingen

ist **sofort zu besetzen.** Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen wollen **alsbald** an den Unterzeichneten eingereicht werden.

Ettlingen, den 6. Februar 1918. 1186

Der Großh. Amtsvorstand.

Darmstädter Hof

Weinstube und Gasthof
Ecke Kreuzstrasse u. Zirkel. — Tel. 226.

Gute bürgerl. Küche, reelle Weine
empfiehlt:
1015 **Fritz Hohl.**

Weinausschank über die Strasse.

Bruchleidende

erkennen dankbar an, daß die gesetzl. geschützte **Hernien**-Bandage infolge sinnreicher Konstruktion, **ohne jede Feder,** dauerhaft **aus Leder, nach Maß** angefertigt, Tag u. Nacht bequem tragbar ist. Die einzigartig konstruierte Pelotte hält jeden, selbst den größten Bruch wie eine **schützende Hand von unten herauf zurück.** Vorzüglich bewährt, Tausende im Gebrauch. Schriftl. Garantie. **Hernien-Bandagenhaus, Halle** a. S., Lieferant von Krankenkassen und Militärlazaretten. Sehen Sie sich Muster an in **Karlsruhe am Montag, den 4.** u. Dienstag, den 5. Februar, von 9—5 Uhr im Hotel Darmstädter Hof.

PRESTO
Automobile

Personenwagen
Schnelllastwagen

„Prestowerke" Aktiengesellschaft
Chemnitz

Filiale Berlin - Charlottenburg, Spreestrasse 42.

Unentgeltliche

Geld- u. Paketüberweisung

an kriegs- und zivilgefangene Deutsche

besorgt der 1137

Badische Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte für den Bezirk Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, **Kronenstr. 24.**

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung",
Karlsruhe, Hirschstraße 9
(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Donnerstag, den 14. Februar 1918, A 35 (rote Karten)

Fahrende Musikanten.

Anfang 7 Uhr. Ende nach ½10 Uhr.

Zahlungsaufforderung

An Schulgeldern für das Schuljahr 1917/18 sind zur Zahlung verfallen:

Das 4. Vierteljahr für die
Bürgerschule,
Töchterschule und
Knabenvorschule.

Das 2. Drittelsjahr für die
Goetheschule,
Humboldtschule,
Fichteschule,
Lessingschule,
Oberrealschule und die
Handelsschule (Herbstklasse).

Das 3. Drittelsjahr für die
Handelsschule (Osterklasse),
Handelsschule (Jahresklasse) u. die
Gewerbeschule.

Zahlungspflichtige, welche mit der Bezahlung ihres Schulgeldes noch im Rückstande sind, werden deshalb aufgefordert, ihre Schuldigkeit bis

spätestens 16. Februar ds. Js.

zu entrichten.

Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß vorstehende Zahlungsaufforderung an Stelle der früheren mündlichen Mahnung durch die Mahner tritt, und daß im Nichtzahlungsfalle nach Ablauf der oben bezeichneten Frist gegen die säumigen Schuldner sofort Zwangsvollstreckung angeordnet werden müßte. Außerdem ist die Versäumnisgebühr zu entrichten, welche beträgt bei Schuldigkeiten

bis zu einschließlich	3 M	10 ₰
von 3 M bis	20 M	20 ₰
von 20 M bis	50 M	30 ₰
von 50 M bis	100 M	40 ₰
von mehr als	100 M	50 ₰

Nachdem die Stadthauptkasse für den Kassenverkehr nur vorm. **von 8 bis 12½ Uhr geöffnet ist,** wird zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dringend ersucht, Zahlungen tunlichst auf unser Postscheckkonto Nr. 3, oder auf unser Girokonto Nr. 96 bei der städt. Sparkasse hier, unter Angabe der Schule und Ordnungszahl, welche die Schüler besuchen, zu leisten.

Stadthauptkasse A.

Selbständig arbeitende gewandte

Stenotypistin

für sofort gesucht. Selbstgeschriebenes Angebot mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 1178 an die Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung" erbeten.

Einstellbar für jeden Bart
mit gebogener Klinge
Apparate u. Klingen
in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. 1108

Ausgekämmte
Frauenhaare
kauft 1005
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstraße 32.

Gute Leipziger
Pelze

Die noch vorhandene grosse Auswahl
ganz extra billig!
Besondere Gelegenheit
Ein Posten außergewöhnlich preiswerte
„Alaska" „Fuchs"-Pelze
Nur
Karl-Friedrichstr. 6
1 Treppe
(neben Fa. Spiegel & Wels)
K. Schorpp. 1170

Für meine Leihanstalt **suche** ich
Flügel und **Pianos**
zu kaufen
und erbitte Angebote. 1013
Ludwig Schweisgut, Hoflieferant Karlsruhe, **Erbprinzenstraße 4.**

Wer National-
Kontrollkassen

verkaufen will, berichte Nummern und Preis unter 15006/II an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Eltern, die ihre **Kinder** geistig **frisch** und körperlich **gesund** erhalten wollen, lassen dieselben 2—3 mal wöchentl. im

Friedrichsbad

kalt baden und schwimmen.

1 Karten	10 Karten
Mk. —.60	Mk. 5.—

Im Lebensbedürfnis-Vereine einzeln zu 50 Pf., **Mittwoch u. Samstag** abend **20 Pf.** 2417

Darlehen

gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz Hamburg 24.** 150